

Antrag

der Abgeordneten Jan van Aken, Dr. Gregor Gysi, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Harald Koch, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

Exporte von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Kuwait stoppen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Bundesregierung genehmigte im Zeitraum von 2000 bis 2009 Rüstungsexporte nach Kuwait in Höhe von 119,7 Mio. Euro (Rüstungsexportberichte der Bundesregierung von 2000 bis 2009). Allein im Jahr 2009 waren es Genehmigungen in Höhe von 68,1 Mio. Euro, unter anderem Genehmigungen für Maschinenkanonen, Panzerabwehrwaffen, Teile für Maschinenkanonen und Marineleichtgeschütze und Munition für Kanonen, Revolver und Pistolen.
2. Die Bundesregierung hat sich in ihren „Politischen Grundsätzen“ verpflichtet, bei der Entscheidung über Rüstungsexporte „der Beachtung der Menschenrechte im Bestimmungs- und Endverbleibsland [...] besonderes Gewicht“ beizumessen (Politische Grundsätze der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern vom 19. Januar 2000).

In Kuwait werden grundlegende Menschen- und Bürgerrechte missachtet. Staatliche Stellen misshandeln und foltern offenbar Verdächtige. Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist stark eingeschränkt, Journalistinnen und Journalisten werden schikaniert (Amnesty International Jahresberichte 2009 und 2010). Die Pressefreiheit ist eingeschränkt, Zeitungsherausgeberinnen und Zeitungsherausgeber brauchen eine Genehmigung des Informationsministeriums, Veröffentlichungen werden systematisch durch das Informationsministerium geprüft und entsprechend üben Verlage und Journalistinnen und Journalisten Selbstzensur aus (www.unhcr.org/refworld/docid/4ca44d9037.html). Die Versammlungsfreiheit ist nicht garantiert. Im Februar 2011 lösten Sicherheitsorgane eine zunächst friedliche Demonstration von Staatenlosen gewaltsam auf und verhafteten zahlreiche der Demonstrantinnen und Demonstranten (Human Rights Watch, Kuwait: Dozens injured, arrested in Bidun crackdown, 20. Februar 2011).

3. Die Bundesregierung hat sich mit dem „Gemeinsamen Standpunkt“ der EU dazu verpflichtet, die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität einer Region als ein wichtiges Kriterium bei der Entscheidung über Rüstungsexporte zu beachten (Gemeinsamer Standpunkt, Artikel 2 Kriterium 4, 2008/944/GASP des Rates vom 8. Dezember 2008; GASP – Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik).

Kuwait liegt in einem Krisengebiet. Seit Jahrzehnten ist die Region von Konflikten – zum Teil offenen Gewaltkonflikten und Kriegen – geprägt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
keine Genehmigungen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern nach Kuwait mehr zu erteilen.

Berlin, den 25. Mai 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion